Militärpolitik : Attacke der SPS auf 40000 Arebitsplätze

Autor(en): **Heller, Daniel**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **67 (1994)**

Heft 11

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-519882

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Militärpolitik:

Attacke der SPS auf 40 000 Arbeitsplätze

von Dr. Daniel Heller, Grossrat, Aarau

Im Herbst 1992 haben die Sozialdemokraten zwei Volks-Begehren eingereicht. Das eine will die Ausgaben für die Armee halbieren, das andere ein totales Verbot für Schweizer Waffenausfuhren durchsetzen. Beide Begehren würden im Falle ihrer Annahme Arbeitsplätze vernichten: Die Halbierungsinitiative gefährdet rund 25 000 Stellen (vorwiegend beim Bund, gemäss Berechnung Bundesrat), die Waffenausfuhrverbotsinitiative etwa 15 000 (vorwiegend Stellen in Privatwirtschaft, gemäss Berechnungen von Industriekreisen).

Militär spart als einziges Departement

Das Militärdepartement hat bisher als einziges Departement gespart. Während die Bundesausgaben nominal seit 1990–1994 kräftig angewachsen (um +26%), sind die Militärausgaben nominal 4%, real um ganze 15% zurückgegangen. Dies obwohl mit ungefähr 50 Konflikten weltweit seit 1945 eine Rekordzahl von Kriegen im Gange ist, darunter auch solche auf europäischem Boden.

Über die Halbierungsinitiative hat der Bundesrat beschlossen. Er empfiehlt sie zur Ablehnung. Das Parlament wird zudem über die Gültigkeit dieser Initiative zu befinden haben. Sie verlangt nämlich, dass das beim Militär eingesparte Geld für Entwicklungshilfe und für weitere Sozialausgaben ausgegeben wird. Wer nun die Halbierung der Militärausgaben befürwortet, müsste Ja stimmen. Wenn er aber das freiwerdende Geld für den Verkehr, die Neat oder etwas anderes, als für Sozial- und Drittweltaufgaben vorsehen möchte, ist im Dilemma. Er kann mit einem Ja oder Nein seinem Willen an der Urne nicht Ausdruck verleihen. Obwohl die Initianten gewusst haben, dass derartige Verknüpfungen in Initiativen (man spricht von fehlender Einheit der Materie) nicht möglich sind, haben sie ihr Begehren eingereicht. Deshalb muss diese Initiative für ungültig erklärt werden.

Das Recht auf Verteidigung beinhaltet auch das Recht auf Bewaffnung

Über die Initiative für ein Waffenausfuhrverbot hat der Bundesrat noch nicht entschieden. Sie bedroht neben der Schweizer Rüstungsindustrie, welche sie zum verschwinden bringen will, die ganze Exportwirtschaft. Sie sieht eine totale staatliche Exportkontrolle vor. Eine unabhängige Kommission soll sogar das Recht erhalten, in den Forschungsabteilungen der ganzen Industrie Kontrollen vorzunehmen und zu bestimmen, ob neue Produkte «friedensverträglich» seien. In einer freien Marktwirtschaft eine Absurdität.

Wer das Selbstbestimmungsrecht der Völker bejaht, wird auch das Recht der Staaten bejahen, sich zu verteidigen. Und wer sich verteidigen darf, darf sich dazu wohl auch die nötige Ausrüstung besorgen. Die heute bestehende gesetzliche Regelung für Kriegsmaterial, das nicht in Kriegsgebiete geliefert werden darf, hat sich insgesamt bewährt. Der Vorwurf der Initianten, die Schweiz trage mit ihren Rüstungsexporten zum Unfrieden der Welt bei, ist absurd. Der Schweizer Anteil beträgt gerade 0,7% an der Weltausfuhr von Rüstungsgütern. Der Frieden wird durch die Menschen bedroht, nicht durch die Waffen. 40 000 Tote Bewohner Ruandas im Viktoriasee – die meisten durch Messer, Macheten und andere primitive Waffen umgebracht – beweisen, dass für Konflikte keine modernen Rüstungsgüter nötig sind.

Waffenausfuhrverbot: sofort vors Volk

Der Bundesrat ist in die Sommerferien verreist, ohne über diese Initiative zu befinden. Die 15 000 betroffenen Arbeitnehmer hätten ein Recht darauf, zu wissen, was der Bundesrat zum Waffenausfuhrverbot meint. Die von der ganzen Wirtschaft bekämpfte Revision des Kriegsmaterialgesetzes taugt als Ausrede für die Saumseligkeit der Landesväter jedenfalls nicht. Sie ist mit anderen Vorlagen verknüpft (Exportkontrollgesetz) und muss nach einhelliger Ablehnung im Vernehmlassungsverfahren gänzlich überarbeitet werden. Einer raschen Abstimmung über die extreme und kaum chancenreiche Waffenausfuhrverbots-Initiative steht deshalb nichts im Wege. Trotz angeblichem Vertrauensverlust in den Bundesrat werden die Stimmbürger wissen, was sie von diesen beiden ideologisch motivierten Vorstössen mit 40 000 abgeschafften Arbeitsplätzen und der SPS als Initiantin zu halten haben. ■

«Mit der Modellwahl ist das Projekt EMD '95 in eine neue Phase getreten. Viele Einzelheiten sind aber noch zu regeln. Gegeben ist die Marschrichtung. Sie ist auch der Katalysator für das Einzelprojekt 2 ('Industriepotential'), das die Bildung der Gruppe 'Support' prägt.»

EMD-Chef, Kaspar Villiger